

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

9
81

Union in Deutschland

Bonn, den 19. März 1981

Montanmitbestimmung

Neuen Gesetzentwurf vorlegen

Die Haltung der Union zur Montanmitbestimmung ist eindeutig und unverändert. Zu der 1. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten „Gesetzes zur Änderung des montanmitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes“ am 20. März 1981 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei 16 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung folgenden Entschließungsantrag verabschiedet:

„Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Montanmitbestimmung hat dazu beigetragen, im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitnehmern die vielschichtigen Probleme der Nachkriegszeit zu bewältigen, strukturelle Anpassungsprozesse bei Kohle und Stahl zu erleichtern und damit dem sozialen Frieden zu dienen. Die Soziale Marktwirtschaft beruht gesellschafts- und ordnungspolitisch auf dem Prinzip der Partnerschaft. Der Bundestag stellt den übereinstimmenden Willen aller im Bundestag vertretenen Parteien fest, die Montanmitbestimmung in ihrem Geltungsbereich zu erhalten.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ DGB-KONGRESS

Aus der Enttäuschung über die SPD noch keine Konsequenzen gezogen Seite 5

■ EVP/UECD

Christliche Demokraten um die Sicherheit der Welt besorgt Seite 7

■ WASHINGTON

Genscher-Besuch brachte Annäherung der Standpunkte Seite 8

■ MINERALÖL-STEUER

Kilometerpauschale muß unbedingt erhöht werden Seite 11

■ HAMBURG

Brokdorf — Kloses Schildbürgerstreich Seite 12

■ EXIL-CDU

Wiedervereinigung darf nicht ausgespart werden Seite 13

■ RCDS

Neuer Vorstand gewählt Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die Wahrheit über den Bundeshaushalt — Fakten und Zahlen — grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

② Der Entwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Änderung des Montanmitbestimmungsgesetzes und des Montanmitbestimmungsergänzungsgesetzes ist nach Auffassung des Bundesrates nicht geeignet, soziale Konflikte dauerhaft zu lösen. Der Gesetzentwurf verschiebt die Auseinandersetzungen um begrenzte Zeit entsprechend den vorgegebenen Fristen für das Auslaufen der Montanmitbestimmung und löst darüber hinaus das Wahlverfahren unbefriedigend. Es bleibt offen, ob der Gesetzentwurf das endgültige Auslaufen der Montanmitbestimmung in betroffenen Unternehmen zum Ziel hat oder lediglich als Übergangsregelung gedacht ist, die durch ein in der nächsten Legislaturperiode zu verabschiedendes endgültiges Montanmitbestimmungssicherungsgesetz abgelöst werden soll.

③ Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen und auf der Grundlage einer breiten Übereinstimmung einen neuen Gesetzentwurf zur Sicherung der Montanmitbestimmung vorzulegen. Kern und Ziel dieses Gesetzentwurfs soll sein, daß Unternehmen, die am 1. Januar 1980 der Montanmitbestimmung von 1951 oder dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1956 unterlagen, diesen Gesetzen weiterhin unterworfen bleiben, solange sie mindestens 30 % Kohle fördern oder mindestens 30 % Eisen oder Stahl erzeugen.“

„Die Montanmitbestimmung hat dazu beigetragen, in partnerschaftlichem Zusammenwirken von Unternehmensleitungen und Arbeitnehmern die vielschichtigen Probleme der Nachkriegszeit zu bewältigen, strukturelle Anpassungsprozesse bei Kohle und Stahl zu erleichtern und damit dem sozialen Frieden zu dienen.

Der Regierungsentwurf ist entgegen seiner Begründung nicht geeignet, den sozialen Frieden in der Montanwirtschaft zu wahren. Es bleibt umstritten, ob dieses Gesetz das endgültige Auslaufen oder die Sicherung der Montanmitbestimmung bezeichnen soll. Nicht der Konsens, sondern der Dissens ist die Grundlage des Entwurfs.

Die Verlängerung der Auslauffrist des § 16 Mitbestimmungsergänzungsgesetz von fünf auf sechs Jahre für Montanobergesellschaften und die Einführung einer Auslauffrist für Montanunternehmen begründen den Charakter eines Auslaufgesetzes. Andererseits sprechen die Vorschriften, die den Anwendungsbereich der Montanmitbestimmung neu umschreiben (§ 1 Abs. 1 Sätze 2 und 3), für ein Sicherungsgesetz. Die Begründung sagt demgegenüber, daß lediglich Zweifel über den Anwendungsbereich der Montanmitbestimmung ausgeräumt werden sollen. Eine neue Definition der Montanbegriffe erübrigt sich aber, wenn das Gesetz lediglich das Hinauswachsen gewisser montanmitbestimmter Unternehmen aus dieser Form der Mitbestimmung verzögern soll.

Die Unklarheiten des Gesetzentwurfs und Unsicherheiten über weitere gesetzgeberische Absichten sind eine unzumutbare Belastung für die betroffene

Das Votum des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 13. März 1981 folgende Stellungnahme zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf abgegeben:

(Fortsetzung Seite 3)

■ INFORMATION

Der Rechtsstaat ist in Gefahr

Am 12. März tagten in Bonn Vorstand und Koordinierungsausschuß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) unter Teilnahme aller Justizminister der CDU/CSU-regierten Bundesländer. Hierzu erklärt der BACDJ-Vorsitzende MdB Friedrich Vogel: Auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse der erklärten rechtpolitischen Vorhaben von SPD und FDP für die 9. Wahlperiode wurden die klaren alternativen Positionen der Union ebenso gründlich erörtert wie die eigenen Initiativen.

Gewalttaten in Brokdorf, rechtswidrige Hausbesetzungen in Berlin und andernorts und nicht zuletzt die gewalttätigen Demonstrationen in Nürnberg signalisieren uns ein Absinken der Rechtskultur hin zum Faustrecht.

(Fortsetzung von Seite 2)

nen Arbeitnehmer und Unternehmen. Es widerspricht den Grundsätzen der Rechtssicherheit, eine endgültige Regelung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in Montankonzernen bei sinkendem Montananteil der nächsten Legislaturperiode vorzubehalten. Ein solches Verfahren erschüttert auf Dauer das Vertrauen in die Arbeitsweise und die Leistungsfähigkeit der Gesetzgebungsorgane und gefährdet die Bereitschaft der Montanwirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen und notwendige Investitionen vorzunehmen.

Die Nichtanwendung von bestehendem Recht führt zu einem Verlust von Rechtsstaatlichkeit und zu einer Beeinträchtigung des allgemeinen Rechtsbewußtseins. Die ungleiche Behandlung von zum Beispiel Verkehrssündern und gewalttätigen Demonstranten zieht eine Erschütterung des Rechtsstaates nach sich, so daß die verfassungsrechtlich gebotene Gleichheit vor dem Gesetz nicht in allen Fällen gewährleistet ist.

Für die Arbeit des BACDJ in den kommenden Jahren wurden Fachkommissionen benannt zu den Themen: Zukunftssprobleme der Rechtpolitik, Juristenausbildung, Ehe- und Familienrecht, Verbraucherschutz, Kriminalpolitik, Jugendstrafvollzug, Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtswege in der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeit und zur Fortschreibung des justizpolitischen Programms.

Außerdem bereitet eine Arbeitsgruppe den dritten gemeinsamen Rechtpolitischen Kongreß von CDU und CSU vor.

Die Änderung des Wahlrechts für die Gewerkschaftsvertreter in Aufsichtsräten der Montanindustrie kann nach Auffassung des Bundesrates ebenfalls nicht befriedigen. Die formale Gleichstellung löst die Wahlrechtsproblematik nicht. Zweckmäßiger wäre es gewesen, das Wahlrecht und das Wahlverfahren in den verschiedenen Mitbestimmungsgesetzen zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.

Schließlich hat der Bundesrat aus rechtsstaatlichen Gründen erhebliche Bedenken gegen die mit der Regierungsvorlage bezweckte gesetzliche Einzelfallregelung.“

Professor Freitas do Amaral neuer Präsident der EUCD

Das politische Büro der EUCD (Europäische Union Christlicher Demokraten) hat am 3. März in Brüssel einstimmig Professor Diogo Freitas do Amaral aus Portugal zum Präsidenten der Organisation gewählt. Amaral folgt dem deutschen Präsidenten Kai Uwe von Hassel (CDU), der das Amt seit 1964 innehatte. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Kai Uwe von Hassel (CDU), Frederico Bigi (San Marino) und Edward Fenech Adami (Malta). Das Büro bestätigte in ihren Ämtern die Vizepräsidenten Tindemans (Belgien), Schmelzer (Niederlande), Daillet (Frankreich), Lanner (Österreich) und Frau Spiess (Schweiz). Schatzmeister bleibt der Belgier Bertrand. In seinem Amt wurde auch der Generalsekretär der EUCD, Giuseppe Petrilli (Italien), bestätigt. Seine beiden Stellvertreter sind Karl Josef Hahn (Niederlande) und Paolo Marques (Portugal).

Union zum Dialog bereit

Die CDU/CSU begrüßt es, daß die Innenministerkonferenz in dem wichtigsten Tagesordnungspunkt — Ausschreitungen bei Demonstrationen und Hausbesetzungen — Einvernehmen erzielt hat, in einer Klausurtagung am 6. Mai 1981 zu allen damit im Zusammenhang stehenden Problemen vorurteilsfrei und intensiv zu diskutieren, erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Karl Miltner. Dieses Thema mit seinen vielschichtigen und zum Teil ungeklärten gesellschaftlichen Ursachen bedarf einer dringenden Klärung und Lösung, will unser Rechtsstaat nicht bleibenden

Schaden erleiden. Es ist notwendig, daß alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen nach einer gemeinsamen Lösung suchen.

Leider hat Bundesinnenminister Baum in einer Pressekonferenz angedeutet, daß er gewillt ist, an seiner bisherigen Position strikt festzuhalten. Herr Baum sollte seine Haltung überdenken. Andernfalls kann die so dringend notwendige umfassende Erörterung dieses Themas wegen offensichtlicher Aussichtslosigkeit aufgrund seiner vorher festgelegten Meinung gleich gestrichen werden.

Die CDU/CSU ist jedenfalls zum Dialog bereit. Sie wird auch im Deutschen Bundestag und in dem zuständigen Innenausschuß gleichfalls für eine eingehende Diskussion eintreten, um nach Möglichkeit einen Konsens der Bundestagsfraktion zu erreichen. SPD und FDP sollten in diesem Zusammenhang darüber nachdenken, ob sie an ihrer bisherigen Ablehnung des Verbots der Vermummung, der passiven Bewaffnung und der Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchs-Paragraphen festhalten. Die jüngsten Ereignisse haben bewiesen, daß unser Recht lückenhaft ist und nicht ausreicht.

Ruhrbischof gegen SPD-Plan

Ruhrbischof Franz Hengsbach sieht in der Errichtung des Essener Instituts für Schwangerschaftskonflikte „eine Provokation für alle Demokraten, denen das Leben unantastbar ist“. Für das von der Arbeiterwohlfahrt geplante Zentrum, das nach einem Beschuß der SPD-Landtagsfraktion mit öffentlichen Mitteln gefördert werden soll, bestehe „kein Bedarf“, betonte Hengsbach. Das bisherige Konzept sei zudem „nicht verfassungsgemäß“.

■ DGB-KONGRESS

Aus der Enttäuschung über die SPD noch keine Konsequenzen gezogen

Der DGB hat am Wochenende (14./15. 3. 1981) sein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Auffallend im Vorfeld des Kongresses waren die Versuche kommunistischer Truppen und ihrer links-sozialistischen Helfer, die Kommunisten als wesentliche Geburtshelfer der Einheitsgewerkschaft herauszustellen.

Zum Ergebnis des außerordentlichen DGB-Kongresses erklärt der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDA, MdB Norbert Blüm:

Toleranz ist Bedingung der Einheitsgewerkschaft. Daß sich der DGB in seinem neuen Grundsatzprogramm entgegen dem ursprünglichen Entwurf ausdrücklich dazu bekennt, betrachtet die CDU als eine gute Ausgangsbasis für die Zusammenarbeit. Für christlich-demokratische Arbeitnehmer bedeutet der Toleranzbegriff eine Berufungsinstanz, wenn ihnen im DGB Unzumutbares abverlangt werden sollte.

Auf dem DGB-Kongreß wurde klargestellt, daß sich Kommunisten nicht auf diese Toleranz berufen können. Freie Gewerkschaften, die die Mitarbeit von Kommunisten tolerieren, laden zum Selbstmord ein. Es ist das Verdienst des DGB-Vorsitzenden Vetter, noch einmal klargestellt zu haben, daß Kommunisten nicht zu den Wurzeln der Einheitsgewerkschaft zählen. Vetters Rede

war darüber hinaus ein erfreuliches Zeichen wachsender parteipolitischer Unabhängigkeit des DGB und größerer Distanz zur Bundesregierung.

In Richtungsfragen der Wirtschaftspolitik hat der DGB die Chance zu einer Klärung vertan. Der Kurs zwischen Planwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft bleibt in einem Nebel von Allgemeinplätzen unentschieden. In der Planwirtschaft sind Gewerkschaften Helfershelfer des Staates. Nur in der Sozialen Marktwirtschaft sind sie unabhängige Instanzen der Arbeitnehmer.

Noch immer hindert Befangenheit gegenüber Privateigentum eine Mehrheit im DGB daran, eine offensive Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu betreiben.

Positiv ist zu bewerten, daß DGB und CDU zur Sicherung der leistungsrechten, bruttolohnbezogenen Rente an einem Strick ziehen.

Die CDU und die Sozialausschüsse werden die Ergebnisse des DGB-Kongresses sorgfältig auswerten und zum Ausgangspunkt eines vorurteilsfreien Dialogs machen. Die CDU bietet dem DGB dieses Gespräch an. Angesichts krisenbedrohter Zukunft müssen die Kräfte des sozialen Konsenses gestärkt werden.

Zum Kongreß stellte MdB Adolf Müller (Remscheid) in Bonn fest: Wurzeln der Einheitsgewerkschaft sind die freien und christlichen Gewerkschaften. Sie

waren es, die vor 1933 den Versuch wagten, in einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation der drohenden Nazi-Diktatur ein Bollwerk entgegenzusetzen. Die zersplitterten Parteien der Weimarer Republik waren dazu nicht in der Lage.

Freie und christliche Gewerkschafter waren es, die während des Dritten Reiches die Weichen für den Neuaufbau der Gewerkschaften stellten. Namen wie Leuschner und Hans Böckler, Jakob Kaiser, Karl Arnold und Johannes Albers sollten als die geistigen Gründer der Einheitsgewerkschaft nicht vergessen werden.

Überall in der Welt, wo Kommunisten herrschen, ist die Gewerkschaft zum Staatsapparat zur Unterdrückung der Arbeitnehmerschaft geworden; das beweisen die Ereignisse in Polen und Lech Walesa mit der neuen Gewerkschaft Solidarität.

Der DGB-Vorsitzende Vetter hat auf dem Kongreß bemerkenswert klare Worte zu den Kommunisten gefunden. Etliche Delegierte haben das aber als „Gerede von der angeblichen kommunistischen Unterwanderung“ abgetan und damit gezeigt, wessen Geistes Kind sie sind. Diesen Kräften muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Kommunisten haben in der Einheitsgewerkschaft nichts zu suchen.

Der DGB-Kongreß ist auch für die Union beachtlich, denn es hat sich gezeigt, daß das Verhältnis des DGB zur SPD merklich abgekühlt ist. Die Euphorie von 1969 ist vorbei. Die organisierte Arbeitnehmerschaft sieht offensichtlich zunehmend ein, daß die SPD — trotz gegenteiliger Beteuerungen — vielfach arbeitnehmerfeindliche Politik betrieben hat und betreibt. Der DGB merkt jetzt, daß er die SPD zu lange zu unkri-

tisch unterstützt hat, denn die Ergebnisse von elf Jahren SPD-Politik sind nicht gerade arbeitnehmerfreundlich:

— Seit 6 Jahren hat die SPD rund eine Million Arbeitslose zu verantworten. Viele Millionen Arbeitnehmerfamilien sind davon hart betroffen. Eine traurige Bilanz für die SPD.

— Die SPD hat auch gegen den Widerstand des DGB mit dem 20/21. Rentenanpassungsgesetz die bruttolohnbezogene Rente demontiert und damit die Rente von Millionen Arbeitnehmern um elf Prozent und mehr gekürzt.

— Die SPD hat vor der Wahl mit großem Getöse ein Gesetz zur Sicherung der Montanmitbestimmung angekündigt. Jetzt soll die Montanmitbestimmung auf Raten beerdigt werden.

— Die SPD hat die Steuer- und Beitragsbelastung der Arbeitnehmer immer höher getrieben. Von 100 DM Lohnerhöhung blieben einem ledigen Durchschnittsverdiener 1980 nur noch 38,11 DM übrig.

— Für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer hat die SPD in zehn Jahren trotz vieler Ankündigungen so gut wie nichts getan!

Der DGB sollte seine Enttäuschung über die Politik der SPD zum Anlaß nehmen, seine Beziehungen zur Union weiter zu verbessern. Die Union erkennt die Leistungen der Gewerkschaft in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat an. Im offenen Dialog zwischen der Union und den Gewerkschaften muß die Basis für die zukünftige Zusammenarbeit gefunden werden. Arbeitsmarkt-, Renten- und Steuer- und Beitragspolitik bieten Ansätze für gemeinsame Lösungen.

Gegenseitiger Respekt, Toleranz und Offenheit schließt die gegenseitige Kritik nicht aus. So sollten und so wollen wir es auch in Zukunft halten.

■ EVP/UECD

Christliche Demokraten um die Sicherheit der Welt besorgt

Am 2. und 3. März 1981 traten die politischen Büros der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EVP und UECD) zu einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel zusammen. An dieser Sitzung nahmen eine große Anzahl von Parteiführern teil, darunter aus der Bundesrepublik Deutschland Helmut Kohl.

Die Bedeutung der Sitzung wurde ferner unterstrichen durch die Teilnahme mehrerer Verteidigungsminister, die christlich-demokratischen Parteien angehören. Wichtigster Beratungsgegenstand war ein Papier zu Sicherheitsfragen, welches von einer Sonderkommission unter dem Vorsitz des UECD-Präsidenten Kai-Uwe von Hassel (CDU) vorbereitet worden war.

Nach eingehenden Beratungen, in die Helmut Kohl mit mehreren Diskussionsbeiträgen eingriff, wurde das Papier bei zwei Enthaltungen mit großer Einmütigkeit verabschiedet. Es bringt die große Sorge der christlich-demokratischen Parteien gegenüber der sowjetischen Expansion in der Welt zum Ausdruck. Es sei beunruhigend, daß die Sowjetunion sowohl die konventionellen wie die nuklearen Rüstungen ständig verstärke. Daher sei ein verstärkter Beitrag der europäischen Länder zur Verteidigung der westlichen Welt unerlässlich.

Die Resolution unterstreicht nicht nur die Notwendigkeit einer neuen Stärkung

der westlichen Allianz. Sie betont auch, daß Europa einen eigenen Pfeiler der westlichen Verteidigung bilden müsse und in diesem Zusammenhang Verantwortung zu tragen habe. EVP und UECD schlagen konkret vor:

- ① der Europäische Rat soll sich der Probleme der Sicherheit annehmen. Für konkrete Maßnahmen der europäischen Staaten soll er sich auf diejenigen Regierungen stützen, die neue Schritte zu tun gewillt sind.
- ② Erneut wird die Bildung eines gemeinsamen Stabes zur Schaffung einer europäischen Außenpolitik gefordert.
- ③ Anstrengungen zur Rationalisierung der Waffenproduktion Westeuropas sind überfällig. Angesichts beschränkter Finanzmittel muß die Standardisierung der Waffen vorangetrieben werden, um doppelte Produktionen zu vermeiden.
- ④ Vor allem mit den ärmsten Ländern der Dritten Welt muß die europäische Zusammenarbeit verstärkt werden, um dringend notwendige Hilfe zu leisten.
- ⑤ Die Christdemokraten unterstützen die Entscheidungen Portugals und Spaniens für die Atlantische Allianz. Beide sollen mit atlantischer Solidarität rechnen können, um die strategisch wichtige iberische Region zu stabilisieren. Das achtseitige Dokument zu Sicherheitsfragen kann bei der Pressestelle der EVP, 97—113 Rue Belliard, Brüssel, angefordert werden.

■ WASHINGTON

Genscher-Besuch brachte Annäherung der Standpunkte

Die CDU/CSU begrüßt diejenigen Ergebnisse des Genscher-Besuches in Washington, bei denen eine Einigung in der Sache erzielt wurde, stellte MdB Alois Mertes, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in Bonn fest.

Das sind:

- Bestätigung beider Teile des NATO-Doppelbeschlusses von 1979;
- eindeutige Zurückweisung der unseriösen Moratoriums-Idee Breschnew;
- Einberufung des Abrüstungssondergremiums der NATO;
- Voraussetzungen und Ziele der Vertrauensbildung in Gesamteuropa;
- Förderung der Blockfreiheit der Dritten Welt als Antwort auf Moskaus Versuch, die Entwicklungsländer zum Schauplatz des Ost-West-Konfliktes zu machen.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen bleiben für die Sicherung des Friedens und unserer Freiheit so vital, daß die CDU/CSU jedes deutsch-amerikanische Zusammenwirken auf der Grundlage gegenseitiger Loyalität und fairer Lastenverteilung mittragen wird.

Die CDU/CSU sieht aber auch einige mehrdeutige und fragwürdige Elemente im Ergebnis der Gespräche des Außenministers in Washington. Einigung in

der diplomatischen Formel bedeutet hier offensichtlich Meinungsverschiedenheiten in der Sache.

Die CDU/CSU übernimmt dabei nicht ungeprüft die Position der amerikanischen oder der deutschen Regierung. Sie erwartet vielmehr, daß der Außenminister den Auswärtigen Ausschuß und damit auch die Opposition mit der gleichen Loyalität unterrichten wird, mit der diese die wesentlichen Positionen seiner Außen- und Abrüstungspolitik mitträgt. Erst dann ist ein abschließendes Urteil über das Ergebnis des Genscher-Besuches möglich.

Kritisch bewertet die CDU schon jetzt, daß die Bundesregierung — wohl aus koalitionsinterner Taktik — die amerikanische Regierung in der Frage eines Gipfeltreffens Reagan—Breschnew und der Verhandlungen über euro-strategische Rüstungsbegrenzung unter Zeitdruck setzt. Sie begünstigt dadurch im Ergebnis den von den linken Flügeln der SPD und FDP betriebenen Eindruck, als ob die Beweislast für konstruktive Abrüstungsverhandlungen in Washington läge.

Jeder Kenner weiß, daß das genaue Gegenteil der Fall ist. Wir Deutsche dürfen in der Frage der Ost-West-Kontakte weder die Scharfmacher, noch die Einschläferer sein. In die letztere Rolle will Moskau aber Bonn drängen. Wir haben eine Friedenspolitik nüchterner Wachsamkeit, Festigkeit und Gesprächsbereitschaft zu betreiben, nicht aber eine Schein-Friedenspolitik des Selbstbetruges und des präventiven Wohlverhaltens gegenüber der Sowjetunion.

Ein Gipfeltreffen zwischen Reagan und Breschnew, wie es sich Moskau sehnlich wünscht, liegt zur Zeit im Interesse des Ostens.

KOALITION

Austrittswelle bei Hamburger SPD

Mit der Aufforderung zu mehr parteiinterner Solidarität hat Hamburgs SPD-Landesvorsitzender Staak auf den zunehmenden Mitgliederschwund seines Landesverbandes reagiert. Staak nannte es „besorgniserregend“, daß die etwa 29 000 Mitglieder starke Landespartei allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 248 Austritte zu verzeichnen hatte. Dem standen 107 Parteieintritte gegenüber. Wegen der überdurchschnittlich hohen Austrittsquote hat sich Staak eingehend mit den schriftlichen Begründungen befaßt, die in knapp einem Drittel der Fälle vorlagen. Nach seinen Worten wurden häufig die parteiinternen Streitigkeiten und das Verhalten des Senats zum Thema Brokdorf als Austrittsgründe angegeben: „Hauptsächlich kristallisiert es sich um den Bürgermeister Hans-Ulrich Klose.“

Selbsttor der Saar-SPD

Zu dem Beschuß des Landesausschusses der Saar-SPD gegen die Stationierung von NATO-Mittelstreckenwaffen in Europa erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, MdB Philipp Jenninger: Nach den zahlreichen Versuchen der Jusos und linker SPD-Abgeordneter, den Nachrüstungsbeschluß der NATO auszuhöhlen, hat sich nun erstmals ein ganzer Landesverband der SPD gegen den Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 erklärt. An diesem Befund ändert auch die Tatsache nichts, daß die Saar-SPD die gewaltige Aufrüstung der So-

wjetunion mit SS-20-Raketen „berücksichtigen“ will. Wer den einen Teil des Doppelbeschusses ablehnt, bringt auch den anderen Teil zu Fall; denn wie sollte die Sowjetunion noch Interesse an ernsthaften Abrüstungsverhandlungen haben, wenn ihr deutlich signalisiert wird, daß der Westen das Mittel der Nachrüstung freiwillig aus der Hand gibt?

Vier konkrete Fragen an den Wohnungsbauminister

Zur Aufforderung von Wohnungsbauminister Haack an die CDU zur Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wohnungsbaupolitik erklärt der Wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion MdB Friedrich-Adolf Jahn:

Wenn Wohnungsbauminister Haack feststellt, ein großer Teil der Vorschläge der CDU vom Mannheimer Parteitag „decke sich mit denen der Bundesregierung“, so übersieht er einfach, daß in den wichtigsten aktuellen Fragen keine Übereinstimmung besteht. Ich frage daher den Wohnungsbauminister: Ist die Bundesregierung bereit, unzweideutig

1. Ja zu sagen zur Möglichkeit der Vereinbarung von Staffelmieten bei Neuabschlüssen von Mietverträgen auch im Wohnungsbestand?
2. Ja zu sagen zu Anreizen zur Vermietung von leerstehendem Wohnraum durch befristete Mietverträge?
3. Ja zu sagen zu Lockerungen des Kündigungsschutzes bei familiärem Eigenbedarf?
4. Ja zu sagen zur Lösung des Fehlbelegerproblems durch schrittweise Anpassung der Sozialmieten an die Ver-

gleichsmieten und nicht durch eine Fehlbelegungsabgabe?

Nach seinen eigenen bisherigen Einladungen muß der Wohnungsbauminister zu diesen zentralen Fragen viermal nein sagen. Zudem hat er es schwer, in den eigenen Reihen für seine Wohnungsbaupolitik eine Mehrheit zu finden. Er betreibt deshalb Politik nach dem Motto: Ich brauche eine Mehrheit — egal wo ich sie herbekomme.

Unsere Antwort: Die Union ist kein „Mehrheitsbeschaffer“ für die derzeitige, sondern für eine eigene Regierung. Gleichwohl hat die Union der jetzigen Bundesregierung zu keiner Zeit ihre Mitarbeit in der Wohnungsbaupolitik verweigert, sondern konstruktiv ihre Alternativen aufgezeigt. Zusammenarbeit dagegen setzt voraus, daß auch der ordnungspolitische Weg, nämlich mehr Marktwirtschaft und mehr Vertragsfreiheit bei individueller Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, stimmt.

Bundesregierung hat in Brüssel versagt

Das erneute Scheitern der Ministerratsverhandlungen in Brüssel über eine gemeinschaftliche Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaft bedeutet erstens, die deutsche Hochseefischerei wird in ihrer Existenzkrise offensichtlich durch die Bundesregierung im Stich gelassen. Zweitens: die Europäische Gemeinschaft muß einen schweren Verlust in ihrem Ansehen hinnehmen und drittens: die Fähigkeit der Bundesregierung zum Aushandeln von internationalen Verträgen ist erneut in ein denkbar schlechtes Licht geraten.

Dazu erklärte der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang von Geldern: Es steht fest, daß die Bundesre-

gierung in mindestens drei Bereichen völlig versagt hat, nämlich erstens bei den Verhandlungen der Dritten See- rechtskonferenz der Vereinten Nationen, die allzulange falsch eingeschätzt worden sind, zweitens bei den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft und drittens bei den Verhandlungen im Mai 1980 über die Neufestsetzung des britischen EG-Beitrages. Der deutsche Steuerzahler ist bei dieser Gelegenheit in Milliardenhöhe in Anspruch genommen worden, ohne daß die Bereitschaft Großbritanniens dafür eingehandelt wurde, eine gemeinschaftliche Fischereipolitik mitzutragen.

Verkehrssünderkartei: Hauffs unseriöse Pläne

Zur Reform des Flensburger Punktsystems erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dieter Schulte: Will man die zentrale Verkehrssünderkartei in Flensburg überhaupt aufrechterhalten, dann muß die Zahl der Eintragungen drastisch gesenkt und die Kartei auf die Erfassung wirklich gefährlichen Fahrverhaltens beschränkt werden. Es wurde vorgeschlagen, erst ab einem Bußgeld von 100 DM einzutragen. Da gleichzeitig eine Reihe von Bußgeldern erhöht werden sollte, wäre dies eine Kombination von Entlastung und Belastung der Autofahrer, die dem Unionsantrag nicht gemeint war.

Es ist nach unserer Auffassung ohne weiteres möglich, nur noch gefährliche Verkehrsverstöße einzutragen und auf eine Erhöhung der Bußgelder zu verzichten. Gleichzeitig sollte auf dem Bußgeldbescheid vermerkt werden, ob in Flensburg eingetragen wird. Das schafft für den Autofahrer Klarheit und verhindert Bürokratisierung.

■ MINERALÖLSTEUERERHÖHUNG

Kilometer-Pauschale muß unbedingt erhöht werden

Unbeirrt und stur hält die Bundesregierung an der drastischen Mineralölsteuererhöhung fest. Das haben die Beratungen im Vermittlungsausschuß gezeigt. Zudem will die Bundesregierung von einer Erhöhung der Kilometerpauschale nach wie vor nichts wissen.

Diese Politik der SPD-geführten Bundesregierung ist unsozial und arbeitnehmerfeindlich, stellt MdB Adolf Müller (Remscheid), Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest. Schwerwiegende Gründe sprechen gegen diese Politik.

1. Mit der drastischen Mineralölsteuererhöhung und mit der Erhöhung der Sozialabgaben wird der Masse der Arbeitnehmer die zum 1. Januar 1981 in Kraft getretene Steuerentlastung wieder abgenommen. Was mit der einen Hand gegeben wurde, wird den Arbeitnehmern mit der anderen wieder abkassiert. Sozial Schwächere werden von dieser staatlichen Preis- und Abgabentreiberei besonders hart getroffen.

2. Arbeitslosigkeit wird gefördert. Für viele Arbeitnehmer in ländlichen, strukturschwachen Gebieten ist berufliche Mobilität oft die einzige Rettung vor Arbeitslosigkeit. 1,9 Millionen Arbeitnehmer haben einen täglichen Arbeitsweg von 50 Kilometern und mehr, davon 420 000 sogar täglich mehr als 100 Kilometer. Der SPD-Hinweis auf öffentli-

che Verkehrsmittel ist für diese Arbeitnehmer meist irreal und zynisch, zumal in diesen Gebieten die Schienen vielfach herausgerissen wurden oder die Verbindungen so schlecht sind, daß man erst mittags im Betrieb ankommt, auch wenn man frühmorgens wegfährt. Für diese Arbeitnehmer ist es bald günstiger, zu Hause zu bleiben und Arbeitslosengeld zu kassieren, statt einen weiten und teureren Weg zur Arbeit auf sich zu nehmen. Eine aberwitzige Politik angesichts 1,3 Millionen Arbeitsloser.

3. Die laufenden Tarifverhandlungen werden erschwert, weil die Bundesregierung mit ihrer unsozialen Steuer- und Abgabenpolitik die Tariferfolge der Gewerkschaften wieder kaputt macht. Es ist leicht nachzurechnen, daß die Bundesregierung den Arbeitnehmern den größten Teil der Lohnerhöhungen mit der Mineralölsteuererhöhung und höheren Renten- und Krankenversicherungsbeiträgen wieder abnimmt. Den Rest besorgt die Inflation. Nicht die Gewerkschaft, sondern die SPD-geführte Bundesregierung gehört auf die Anklagebank; denn sie hat die Arbeitnehmer zu Melkkühen der Nation gemacht.

Vertreter der Gewerkschaften und aller Wirtschaftsverbände haben vor dem Finanzausschuß eindringlich vor den negativen Folgen einer drastischen Mineralölsteuererhöhung gewarnt. Zumindest eine massive Erhöhung der Kilometerpauschale ist dringend geboten.

HAMBURG

Kloses Schildbürgerstreich

Wenn Bürgermeister Klose den Ausstieg Hamburgs aus dem Kernkraftwerk Brokdorf erzwingen sollte, belastet er die Zukunftschancen Hamburgs auf Jahrzehnte. Auf die verheerenden Konsequenzen eines solchen Schrittes verwies der wirtschaftspolitische Sprecher der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion, Hans Christoph von Rohr.

1 Der „Notverkauf“ der Brokdorf-Anteile wird die Hamburgischen Elektrizitätswerke, die an Brokdorf zu 50 % beteiligt sind, bis zu 150 Mill. DM kosten. Schadenersatzansprüche von HEW-Kleinaktionären gegen den Senat dürften noch weit über diesen Betrag hinausgehen.

2 Natürlich braucht Hamburg den Strom aus Brokdorf. Das weiß auch Klose. So will er zum Ausgleich Großkraftwerke auf Kohlebasis errichten. Mehrkosten Jahr für Jahr: mindestens 150 Mill. DM.

3 Der überhöhte Kohleeinsatz schafft neue Risiken, denn für Hamburg als Küstenland kommt nur Importkohle in Betracht — den Zugang zum Weltkohlemarkt hat die enge Kontingentspolitik der Bundesregierung jedoch weitgehend blockiert. Im übrigen haben auch die internationalen Kohlepreise das Laufen gelernt: sie sind im letzten Jahr

um 60 % geklettert, dreimal so rasch wie die Ölpreise.

4 Im Blick auf diese Zahlen kann kein Betrieb, der auf Sicherheit und preiswerte Energie angewiesen ist, gerade Hamburg zum Standort wählen, er wird sich anderswo ansiedeln. So holt der SPD-Senat sehenden Auges den Schwamm ins Gebälk der Arbeitsplatzsicherheit.

5 Hamburgs Ruf als verlässlicher Vertragspartner gerät in Gefahr. Wer wird in Zukunft noch Vereinbarungen mit der Hansestadt treffen wollen, wenn dort offenbar der Geist des „ehrlichen Kaufmanns“ dem Stil eines Bürgermeisters weichen mußte, dem in Brokdorf und anderswo Verträge nichts gelten?

6 Massive Umweltlasten kommen auf Hamburg zu. Der SPD-Senat muß die benötigten Kohlekraftwerke im Stadtgebiet errichten. Staub, Schwefel, Lärm als Ersatz für Brokdorf. So sieht für viele Bürger die Realität einer nur dem Schein nach „umweltbewußten“ Energiepolitik aus.

7 Zu guter Letzt erfährt Hamburg auch noch bundesweiten Spott: die Bundesregierung und Schleswig-Holstein haben keinen Zweifel daran gelassen, daß das Brokdorf-Kernkraftwerk fertiggestellt wird. Die vielen 100 Mill. DM, die Hamburg für seinen Ausstieg opfert, können nicht hindern, daß dieses Kraftwerk eines Tages vor den Toren der Hansestadt preiswerten Strom liefert — nur nicht nach Hamburg.

Im nächsten Jahr wählen die Hamburger eine neue Bürgerschaft. Dann haben sie die Chance, der SPD deutlich zu machen, was von diesem energiepolitischen Schildbürgerstreich zu halten ist.

■ PARTEITAG DER EXIL-CDU

Wiedervereinigung darf nicht ausgespart werden

In seiner Eröffnungsrede auf dem 16. Parteitag der Exil-CDU, der vom 13. bis 15. März in Fulda unter der Mahnung „An der Einheit festhalten“ stattfand, führte der Vorsitzende Johann Baptist Gradi aus, daß die Spaltung Deutschlands gegen den Willen der Deutschen erfolgte und Ost-Berlin bis heute zur „Abgrenzung“ blutiger Gewalt bedürfe.

Das Verlangen, diese widernatürliche Spaltung zu überwinden, sei legitim und selbstverständlich. Dennoch dürfe man nicht übersehen, daß im Laufe der Jahre die menschlichen Bindungen zwischen hüben und drüben in Gefahr gerieten. Hinzu kämen die Tiefe und Schärfe des Risses durch Deutschland. Doch nicht nur das Übermaß an Hindernissen, sondern auch Bequemlichkeiten trügen dazu bei, Resignation wuchern zu lassen: Im deutschen Westen sei die Neigung nicht selten, sich das bundesdeutsche Hemd näher sein zu lassen als den gesamtdeutschen Rock.

Im anderen Teil Deutschlands sei das Bewußtsein deutscher Zusammengehörigkeit erheblich realer. Das Festhalten der Deutschen an der Einheit sei ein natürliches Gebot nationaler Selbstbehauptung, das sich auch das deutsche Volk in einem eigenen staatlichen Rahmen entfalten wolle. Würden wir vor der schweren Aufgabe, unsere staatliche

Gemeinschaft noch einmal zu verwirklichen, versagen und resignieren, so liefern wir mehr und mehr Gefahr, unsere eigenen Vorstellungen mächtigeren Interessen unterordnen zu müssen.

Als SED-Chef Honecker unlängst von der „Vereinigung beider deutscher Staaten“ sprach, habe er damit vielleicht die radikale Linke in der Bundesrepublik ansprechen wollen; ebenso könnte es ein national motivierendes Werben um die mitteldeutsche Bevölkerung gewesen sein. Immerhin habe auch er damit die Wiedervereinigung als eine legitime Möglichkeit und eine legitime Erwartung behandelt und damit prinzipiell bejaht.

Johann Baptist Gradi rief Ost-Berlin auf, die polizeistaatlichen Kontrollen, die bürokratische Willkür sowie die Reiseverbote aufzuheben und die Umtauschsätze für Reisen in die DDR zu senken — nach 20 Jahren Berliner Mauer sei das wirklich nicht zuviel verlangt. „Wir in der Bundesrepublik dürfen uns jedenfalls in unserer menschlichen und nationalen Hauptaufgabe durch nichts verwirren und beirren lassen.“

Wirklicher Friede, gesichert und dauerhaft, kann in der Mitte Europas nur sein, wenn auch das deutsche Volk seine Zukunft frei und demokratisch als Ganzes gestalten kann. Dahin haben wir ohne Gewalt, aber mit allen Mitteln friedlicher Politik zu wirken, mag es noch so schwierig und langwierig sein.“

Professor Karl Thalheim (Berlin) sah die wirtschaftlichen Turbulenzen in der DDR vor allem in ungenügendem Wachstum der Produktion und der Arbeitsproduktivität; infolgedessen gebe es immer noch eine unbefriedigende Versorgung der Bevölkerung und kaum noch ein Wachstum der Investitionen. Systembedingt seien primär das Fehlen des marktmäßigen Wettbewerbs, die Einschränkung der individuellen Initiative im Wirtschaftsleben sowie die Schwerfälligkeit des ganzen stark zentralistischen Systems. Ob die ziemlich hoch gesteckten Ziele des DDR-Wirtschaftsplanes 1981 erreicht werden können, sei mindestens fraglich.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler rief unter großem Beifall der Delegierten aus, daß die Exil-CDU jederzeit mit der Hilfe der Gesamtpartei rechnen könne. Die CDU sei für die Verteidigung des Rechtsstaates, eine Rechtsunsicherheit sei erst durch die SPD geschaffen worden. Ebenso trete die CDU für den Sozialstaat ein. Die Soziale Marktwirtschaft sei wesentlich sozialer als die DDR, hinter deren Sozialpolitik nicht der Mensch stehe, sondern das „gesellschaftliche Gesamtinteresse“, die Erhaltung der Arbeitskraft.

Doch auch die jetzige Bonner Regierung vernachlässige die soziale Frage. In der DDR sei die Altersrente ein Gnadenbrot des Regimes, hier gebe es neuerdings „Renten nach Kassenlage“. In der Familienpolitik hätte Ost-Berlin während der letzten Jahre einige positive Entscheidungen getroffen, jedoch nur für die berufstätige Frau. Die CDU hingegen wolle für die Frau die generelle Wahlfreiheit zwischen dem Nachgehen einer Arbeit und dem Wirken innerhalb der Familie. Gerade auch im Sozialbereich sei die CDU zu geistiger

Auseinandersetzung gefordert gegenüber der DDR, aber ebenfalls gegenüber den Sozialisten in der SPD.

In seinem Referat „Entspannung und Wiedervereinigung — Gegensatz oder Ergänzung?“ erinnerte der 2. Vorsitzende der Exil-CDU, Ministerialrat Dübel, daß Entspannung, die nach der ursprünglichen Konzeption von Egon Bahr gerade die Wiedervereinigung im Gefolge von Wandel durch Annäherung bringen sollte, die deutsche Einheit nicht herbeigeführt, sondern eine Abgrenzungspolitik einleitete, die zur Bildung zweier deutscher Staaten führte, und daß deren zweite Phase jetzt von der DDR begonnen werde mit dem Ziel, die Spaltung durch Aufhebung der deutschen Staatsbürgerschaft weiter zu zementieren.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Exil-CDU bestehe daher darin, durch das Pflegen des Wiedervereinigungsgedankens der Bevölkerung und vor allem den politischen Kräften in unserem Lande zu demonstrieren, daß die Wiedervereinigung eine Sache der Demokraten sei, „auch wenn die offizielle deutsche Politik aus nicht immer überzeugenden Gründen diese Frage heute ad calendas graecas vertagt zu haben scheint“.

Je standfester die deutsche Politik bliebe, je nachdrücklicher und nachhaltiger sie sowjetischen Versuchen der weiteren Spaltung entgegentrete, um so eher und günstiger seien die Voraussetzungen, mit der UdSSR zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage zu gelangen. Je mehr man in diesen Punkten nachgebe, um so mehr würden unsere politischen Chancen sinken, und um so größer werde die Gefahr einer Zementierung der deutschen Spaltung.

■ RCDS

Neuer Vorstand gewählt

Die 32. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Aachen wählte den 22jährigen Freiburger Jura-Studenten Johannes Weberling zum neuen Bundesvorsitzenden. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden der 21jährige Soziologie-Student Christopher Braun und der 22jährige Betriebswirtschaftsstudent aus Frankfurt, Ludwig Hennicke, gewählt.

Im Mittelpunkt der Beratungen um den Leitantrag „Bildung sichert Zukunft“ stand die BAFÖG-Förderung. Der RCDS ist der Ansicht, daß durch eine Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1500 DM und eine stärkere Berücksichtigung der kinderreichen Familien eine gerechtere Regelung erreicht werden muß. Dazu gehört auch eine Erhöhung des Bedarfssatzes auf 690 DM.

Der RCDS befaßte sich des weiteren intensiv mit der studentischen Wohnungsnot. Neben konkreten Forderungen im Leitantrag (z. B. renovierfähige, leerstehende Wohnhäuser kurzfristig an wohnungssuchende Studenten zu vermieten) verabschiedete die Versammlung ein Diskussionspapier zur inhaltlichen und ideologischen Auseinandersetzung mit den Hausbesetzern. Außerdem würden mehrere neue Studienreformpapiere verabschiedet.

Heiner Geißler Mut zur Alternative Herbig

Neue Publikation

„Mut zur Alternative“ heißt ein neues Buch von Generalsekretär Heiner Geißler. Herausgeber sind Meinhard Ade und Warnfried Dettling. Der Band enthält vor allem — in überarbeiteter Fassung — die politischen und programmatischen Reden und Anträge, die Heiner Geißler als Generalsekretär der CDU gehalten und geschrieben hat. Die Parteitagsreden sind im Wortprotokoll wiedergegeben. „Mut zur Alternative“ — diese Devise Heiner Geißlers formuliert nicht nur den Anspruch an die CDU, sondern auch die Hoffnung der Menschen auf eine bessere Zukunft.

Das Buch ist erschienen in der Verlagsgruppe Langen-Müller/Herbig, München und im Buchhandel zum Preis von 24 DM zu beziehen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Kiep in Leipzig: Große Unsicherheit

„Interesse an der Ausweitung der Beziehungen hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Walther Leisler Kiep in einem Interview mit der WELT während der Leipziger Messe festgestellt. Kiep war als Chef des Hannover-Messe-Aufsichtsrats in die Messe-Schwesternstadt gekommen.

Welt: Der innerdeutsche Handel floriert, aber politisch herrscht Funkstille zwischen Ost-Berlin und Bonn. Was rät die Opposition?

Kiep: Das Klima der Gespräche hier in Leipzig und die Einlassung der DDR-Offizieren deuten auf ein großes Interesse hinsichtlich einer Ausweitung der Beziehungen hin, etwa was zusätzliche Leistungen der Bundesrepublik im Sinne der früher einmal besprochenen Großprojekte anbetrifft. Die Aussteller aus der Bundesrepublik sind gedämpft optimistisch, was die Abnahme ihrer Produkte anbelangt. Aber alles das steht unter politischen Vorzeichen, die zu einer großen Unsicherheit und Ungewißheit führen.

Welt: Die DDR tut doch aber so, als wirke sich die internationale Krise nicht auf Deutschland aus. . .

Kiep: Meine Erwiderung ist: Diese Spannungen haben bereits auf diese Beziehungen durchgeschlagen. Weil durch die Erhöhung des Zwangsumtauschs die Freizügigkeit fast halbiert wurde, was die Begegnung der Menschen anbetrifft. Man muß in diesen Gesprächen mit DDR-Vertretern immer wieder betonen, daß Freizügigkeit der Maßstab für die Qualität der Beziehungen ist. Deshalb können wir nach dieser Maßnahme nicht sozusagen wieder zur Tagesordnung, zur Geschäftsausordnung übergehen.

Welt: Fanden Sie es richtig, daß Bölling bei der Begegnung mit Honecker das Thema Zwangsumtausch aussperrte?

Kiep: Ich meine, daß dieses Thema bei den Gesprächen mit DDR-Politikern in der geeigneten Weise eingeführt werden muß, weil es die Qualität unserer Beziehungen berührt.

Welt: Wäre es überhaupt real, sich bei den künftigen Swingverhandlungen für den erhöhten Zwangsumtausch zu „rächen“?

Kiep: Es muß ein Gesamtpaket verhandelt werden. Ich würde es nicht in einzelne Junktims auflösen wollen. Aber in den Gesamtkomplex gehört diese Frage ohne jeden Zweifel.

Die Welt, 17. März 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID